Demokratie ist die Infrastruktur des Vertrauens

Wirtschaftsbeirat Bayern und Informationskreis der Wirtschaft diskutieren in Seeon über die Grundlagen wirtschaftlichen Erfolgs, Gefahren für den Rechtsstaat und den Reformbedarf des Staates

Seeon, 15. Oktober 2026. Für Unternehmen sind politische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit keine abstrakten Verfassungswerte. Sie entscheiden darüber, ob Investitionen planbar sind, Regeln für alle gelten und Kritik ohne Angst vor Konsequenzen geäußert werden kann. Unter dem Titel „Wirtschaft und Demokratie: Wie wichtig ist eine funktionierende Demokratie für eine erfolgreiche Wirtschaft?“ luden die Bezirke Rosenheim und Berchtesgadener Land/Traunstein des Wirtschaftsbeirats Bayern gemeinsam mit dem Informationskreis der Wirtschaft, idw, zu einem Diskussionsabend nach Seeon ein. Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Münch und der Verfassungs- und Steuerrechtler Prof. Dr. Gregor Kirchhof beleuchteten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Beide machten deutlich: Eine Demokratie bleibt nur stark, wenn ihre Institutionen funktionieren und Menschen bereit sind, für ihre Werte einzustehen.

Verlässlichkeit ist ein Wirtschaftsfaktor

Stefan Neumann, Vorsitzender des Bezirks Berchtesgadener Land/Traunstein des Wirtschaftsbeirats Bayern, eröffnete den Abend. Anschließend brachte der Unternehmer Franz Obermaier die Perspektive der Wirtschaft ein. Demokratie schaffe Verlässlichkeit, sagte Obermaier. Unabhängige Gerichte, eine Verwaltung, die nach Recht entscheidet, eine freie Presse und das Recht, politische Entscheidungen öffentlich zu kritisieren, seien für Unternehmen von unmittelbarer Bedeutung.

„Eine funktionierende Demokratie beseitigt wirtschaftliche Risiken natürlich nicht. Sie sorgt aber dafür, dass wir sie unter fairen Bedingungen tragen.“

Obermaier warb zugleich dafür, die Schwächen staatlicher Verfahren offen anzusprechen, ohne ihre demokratische Grundlage infrage zu stellen. Genehmigungen dauerten zu lange, Zuständigkeiten seien nicht immer klar und Regeln häufig unnötig kompliziert. Die Antwort könne jedoch nicht sein, Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit abzuwerten. „Eine Demokratie muss handlungsfähig sein, sonst verliert sie Vertrauen.“

Auch Unternehmen selbst nahm Obermaier in die Pflicht. Wer von der Politik Transparenz und Verantwortungsbewusstsein fordere, müsse diese Maßstäbe im eigenen Betrieb anlegen. Mitarbeitende müssten Probleme benennen und Entscheidungen hinterfragen können. Sein persönliches Bekenntnis formulierte er später in der Diskussion unmissverständlich: „Ich brauche die Demokratie, ich will nicht Unternehmer sein in einer Autokratie.“ Im Anschluss stellte Obermaier Prof. Dr. Ursula Münch vor.

Wenn von der Demokratie nur die Hülle bleibt

Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, richtete den Blick auf einen Widerspruch der Gegenwart: Krieg, Naturzerstörung und soziale Ungleichheit verlangten internationale Zusammenarbeit. Gleichzeitig wachse in vielen Ländern die Ablehnung internationaler Verantwortung und verbindlicher Regeln. Für Deutschland, dessen wirtschaftliche und politische Entwicklung eng mit europäischer und internationaler Zusammenarbeit verbunden sei, habe das auch ökonomische Folgen.

Besonders aufmerksam müsse die Politik darauf schauen, wie Menschen staatliche Leistungen im Alltag erleben. Der Zustand von Straßen und Schulen, die Versorgung mit Energie und Gesundheit sowie funktionierende digitale Netze beeinflussten nicht nur die Lebensqualität, sondern auch das Vertrauen in Politik und Verwaltung. Wer über Demokratie spreche, dürfe deshalb die Leistungsfähigkeit des Staates nicht ausklammern. Münch beschrieb zugleich, wie die Wahrnehmung knapper Mittel und widersprüchlicher politischer Prioritäten Ohnmachtsgefühle verstärken könne. Digitale Kommunikationsräume belohnten häufig Empörung stärker als Verständigung. Davon profitierten antipluralistische Kräfte.

Ihre eindringlichste Warnung galt dem „sanften Autoritarismus“. Demokratien müssten nicht durch einen offenen Staatsstreich enden. Auch gewählte Regierungen könnten Medien und Justiz schrittweise einschränken, Kontrolle erschweren und Institutionen von innen entkernen. Die äußere Form der Demokratie bleibe dabei bestehen, während ihre freiheitliche Substanz verloren gehe.

Für die Wirtschaft sei das keine entfernte Gefahr. Unternehmen seien auf transparente Entscheidungen, Rechtssicherheit und politische Rahmenbedingungen angewiesen, die über eine einzelne Wahlperiode hinaus Bestand hätten. Münch schlug deshalb vor, den demokratischen Verfassungsstaat als „Infrastruktur des Vertrauens“ zu begreifen.

„Es genügt nicht mehr, sich im privaten Kämmerchen anständig zu verhalten.“

Mit diesem Appell nahm Münch Menschen in Führungsverantwortung in die Pflicht. Sie erwarte nicht, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten politische Bildung erteilten oder Wahlempfehlungen gäben. Wohl aber sollten sie für die Regeln des demokratischen Verfassungsstaates einstehen, Fehleinschätzungen widersprechen und durch Redlichkeit Vorbilder sein.

Die Verfassung braucht Zivilcourage

Im Anschluss stellte Tobias Jonas aus dem Bezirk Rosenheim des Wirtschaftsbeirats Bayern Prof. Dr. Gregor Kirchhof vor. Kirchhof leitet an der Universität Augsburg das Institut für Wirtschafts- und Steuerrecht und hat dort den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht inne.

Kirchhof knüpfte an Münchs Analyse an, setzte den Schwerpunkt aber auf die Widerstandskraft der Verfassung. Das Grundgesetz, das Bundesverfassungsgericht sowie die Einbindung Deutschlands in europäisches und internationales Recht böten wichtige Schutzmechanismen. Sie seien jedoch keine Garantie, wenn Menschen in verantwortlichen Positionen die Werte der Verfassung nicht mehr teilten. „Es bedarf der verfassungsrechtlichen Zivilcourage“, sagte Kirchhof. Recht sei nur so stark wie die Menschen, die es anwenden.

Beim Umgang mit Extremismus plädierte er für eine entschiedene Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zugleich für rechtsstaatliches Augenmaß. Ein Parteiverbotsverfahren sei mit schwierigen rechtlichen und politischen Fragen verbunden und könne den gesellschaftlichen Konflikt nicht allein lösen. Kirchhof regte an, genauer zwischen parlamentarischer Repräsentation und der Übernahme herausgehobener Staatsämter zu unterscheiden. Wer nachweislich verfassungsfeindlich handle, solle nicht ohne Weiteres Regierungsverantwortung übernehmen können. Über entsprechende Grenzen müsse in einem rechtsstaatlich eng gefassten Verfahren entschieden werden.

Kirchhof sprach auch darüber, wie staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Verantwortung zusammenhängen. Trotz hoher Steuereinnahmen fehle es vielfach an Mitteln für neue Aufgaben. Ein Grund sei, dass politische Programme selten beendet würden, während laufend neue hinzukämen. Hinzu komme ein Steuersystem mit ungefähr 40 Steuerarten, von denen viele nur geringe Einnahmen erzielten. Kirchhof forderte eine grundlegende Vereinfachung statt immer neuer kleinteiliger Steuerdebatten. Dahinter stehe auch eine demokratische Frage: Parlamente und Gebietskörperschaften müssten nachvollziehbar Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben übernehmen können.

Seinen Vortrag schloss Kirchhof mit einem Blick auf das Grundgesetz als Quelle gemeinsamen politischen Gestaltungswillens. Die Verfassung biete nicht nur Schutz gegen Machtmissbrauch. Sie eröffne auch die Möglichkeit, Freiheit, europäischen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Aufbruch gemeinsam zu denken.

Kontroverse Fragen, gemeinsame Grundlage

In der anschließenden Podiumsdiskussion moderierte Tobias Jonas das Gespräch mit Münch, Kirchhof und Obermaier. Fragen aus dem Publikum betrafen unter anderem den Umgang mit politischen Rändern, den Föderalismus, den Reformstau und die Rolle von Unternehmen in gesellschaftlichen Debatten.

Münch verwies darauf, dass föderale Strukturen Verwaltungsreformen zwar mühsamer machen könnten, zugleich aber Macht begrenzten und politische Entscheidungen näher an die Menschen rückten. Kirchhof warb dafür, verfassungsfeindlichen Positionen klar entgegenzutreten und politische Vorschläge dennoch inhaltlich zu prüfen und zu widerlegen, statt die parlamentarische Auseinandersetzung zu vermeiden. Obermaier betonte die Verantwortung von Unternehmerinnen und Unternehmern, Fehlinformationen nicht unwidersprochen zu lassen und Beschäftigten zugleich keine Parteipräferenzen vorzugeben.

Der Abend zeigte, was eine offene demokratische Diskussion ausmacht: Die Beteiligten waren sich nicht in jeder Frage einig. Einig waren sie sich darin, dass Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Teilhabe keine Selbstverständlichkeit sind. Eine leistungsfähige Verwaltung, verständliche Regeln und wirtschaftliche Reformen können Vertrauen stärken. Sie ersetzen aber nicht die Bereitschaft, unabhängige Institutionen, offene Debatten und die Rechte anderer auch dann zu verteidigen, wenn das eigene Interesse gerade eine schnellere Entscheidung nahelegt.

„Demokratie ist für die Wirtschaft mehr als ein politischer Rahmen. Sie gibt uns die Freiheit, zu gründen, zu investieren, zu kritisieren und Fehler zu korrigieren. Gerade deshalb müssen wir ihre Probleme ernst nehmen und zugleich klar für sie einstehen."

So fasst Tobias Jonas, Vorsitzender des Bezirks Rosenheim des Wirtschaftsbeirats Bayern und Moderator der Podiumsdiskussion, seine persönliche Schlussfolgerung aus der Veranstaltung zusammen.

Veranstalter: Wirtschaftsbeirat Bayern, Bezirke Rosenheim und Berchtesgadener Land/Traunstein, gemeinsam mit dem Informationskreis der Wirtschaft (idw).
Text: Tobias Jonas, Bezirk Rosenheim.